



# HESSISCHER LANDTAG

13. 11. 2012

*Zur Behandlung im Plenum  
vorgesehen*

## **Antrag der Abg. Faeser, Hofmann, Waschke (SPD) und Fraktion betreffend Vermeidung der Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafen in Hessen**

Die Zahl der zu vollstreckenden Ersatzfreiheitsstrafen ist in Hessen in den letzten Jahren auffallend gestiegen. Laut Berichterstattung der Frankfurter Rundschau lag die Zahl der angefallenen Hafttage für Ersatzfreiheitsstrafen 2005 bei lediglich 80.000 pro Jahr, bis 2011 sei die Zahl auf mehr als 120.000 Hafttage gestiegen. Staatssekretär Kriszeleit bestätigte, dass bei mehr als 100 € Kosten für einen Haftplatz pro Tag der Haushalt mit 12,6 Mio. € belastet worden sei. Ein Vertreter des Ministeriums berichtete in der Sitzung des Unterausschusses Justizvollzug am 22.08.2012, dass das Ministerium eine Arbeitsgruppe einberufen habe, welche sich mit Alternativen zur Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafen befasse.

Laut Antwort auf einen Berichtsantrag der SPD-Landtagsfraktion (Drs. 18/5340) lag der Anteil der eine Ersatzfreiheitsstrafe verbüßenden Gefangenen in der JVA Dieburg im Jahr 2011 bei 55,3 v.H., in der JVA Frankfurt IV im Jahr 2010 sogar bei 62,4 v.H.

Der Landtag wolle beschließen :

1. Der Landtag stellt fest,
  - a) dass das Problem des Anstiegs der zu vollstreckenden Ersatzfreiheitsstrafen in Hessen seit Langem bekannt ist und dass es die Landesregierung dennoch bisher unterlassen hat, dem wirksame Maßnahmen entgegenzusetzen,
  - b) dass es aus kriminalpräventiven und auch aus haushaltspolitischen Gesichtspunkten dringend notwendig ist, alle in Betracht kommenden Möglichkeiten zur Vermeidung der Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafen zu prüfen und gegebenenfalls zeitnah umzusetzen,
  - c) dass die Vielzahl der zu vollstreckenden Ersatzfreiheitsstrafen in Hessen auch aus kriminalpolitischer Sicht nicht länger hinnehmbar ist,
  - d) dass die in Hessen bereits bestehenden Projekte zur Vermeidung von Ersatzfreiheitsstrafen "Schwitzen statt Sitzen" und "Auftrag ohne Antrag" in ihrer bisherigen Form nicht ausreichen, um die Zahl der zu vollstreckenden Ersatzfreiheitsstrafen ausreichend zu mindern.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert,
  - a) in der erwähnten Arbeitsgruppe eine umfassende Prüfung der bundesweit eingesetzten Maßnahmen und Projekte zur Vermeidung der Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafen vorzunehmen und ihre Übertragbarkeit auf Hessen zu untersuchen,
  - b) den Unterausschuss Justizvollzug umfassend über die Ergebnisse der Arbeitsgruppe zu informieren,

- c) zeitnah Projekte und Maßnahmen in Hessen zu beginnen bzw. auszubauen, die der Vermeidung der Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafen in Hessen dienlich sind.

Wiesbaden, 13. November 2012

Der Fraktionsvorsitzende:  
**Schäfer-Gümbel**

**Faaser**  
**Hofmann**  
**Waschke**